



Tagblatt

Engtalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Engtal

Verlagstag: täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Ausland: monatlich 1.26 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Sauerbrey, Sauerbrey & Co., Wildbad; Buchbinder: Gemeindefabrik Wildbad. — Postfach 20174 Stuttgart.
Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einspaltige 46 mm breite Zeile 12 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 8 Pf.; im Textteil die 40 mm breite Zeile 12 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkurrenzfällen oder wenn geschäftliche Verbindung notwendig wird, fällt jede Rücksichtnahme weg.
Druck, Verlag u. Versand: Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad 1. Sch., Wilhelmstr. 26, Tel. 479. — Wohnung: Villa Subertus

Wie geht es dem Bauern rings um Deutschland?

Auch hier zeigt Deutschland im Gegensatz zu den anderen eine ruhige und stetige Auswärtsentwicklung

NRK. Überall in der Welt rings um Deutschland steht der Bauer im Kampf um sein Dasein. Verschuldung, drückende Zinslast, schwierige Abnahmeverhältnisse und ungünstige Preisbildung treiben ihn auf die Straße, und die Folge dieser Entwicklung ist eine zunehmende Radikalisierung des Bauerntums. Die Regierungen der Länder versuchen mit mehr oder weniger einschneidenden Maßnahmen dieser Notlage zu steuern.

Das ist der Eindruck, den man in Deutschland von der Lage des Bauern draußen in der Welt erhält, wenn man die ausländischen Zeitungen durchsieht.

Wir in Deutschland kennen diese Lage des Bauerntums nur zu gut. Auch bei uns marschierte vor noch gar nicht langer Zeit der Bauer unter der schwarzen Fahne, lehnte sich auf gegen die staatlichen Organe und kämpfte verzweifelt um Haus und Hof. Mit der Nachtübernahme durch den Nationalsozialismus hat der Bauer wieder die Stellung bekommen, die ihm als Grundlage des bürgerlichen und völkischen Lebens zukommt. Durch die Sicherung seines Hofes und durch eine straffe Marktordnung, die ihm einen gerechten Preis und den Abfluß seiner Erzeugnisse sichert, ist die Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung einer zuverlässigen und aufbauwilligen Stimmung gewichen; denn wie könnte anders sonst eine Erzeugungsschlacht durchgeführt werden, die an den deutschen Bauern die höchsten Anforderungen stellt. Vergessen wir diese Entwicklung nicht, wenn hier und da Stimmen laut werden, die das Erreichte als zu gering und die Opfer, die gebracht werden müssen, um das Bauerntum wirklich retten zu können, als zu groß ansehen.

Für diese ewig Anzuziehenden ein kurzer Rundgang durch eine Reihe von Ländern, in denen es dem Bauern alles andere als gut geht. Beginnen wir mit Amerika, das durch die Ablehnung der Rooseveltschen Gesetzgebung zur Rettung des Farmers in das allgemeine Interesse gerückt ist. Hier hatte Roosevelt versucht, durch einschneidende Maßnahmen in das liberale Gefüge der amerikanischen Landwirtschaft den Abfluß und den Aufbau zu regeln und durch starke Subventionen die Notlage des Farmers zu lindern. Wie groß die Not in Amerika wirklich sein muß, zeigt neben den dauernden Meldungen über Viehersterben, Farmerprotestzüge u. a. m. der Bericht des „National Resources Board“, in dem empfohlen wird, 450 000 Betriebe mit 30 Mill. Hektar durch den Staat aufzukaufen, da das Land durch schlechte Anbaumethoden, die wiederum mehr oder weniger eine Folge der schlechten Lage der Farmer ist, so arm geworden ist, daß es die Besitzer nicht mehr ernähren kann. Das Oberste Bundesgericht hat durch einen formalen Einspruch Roosevelts Pläne verhindert. Aber es ist noch nicht abzusehen, welchen Einfluß das auf die verzweifelte Lage der Farmer haben wird.

Auch Dänemark hat in den letzten Tagen einen Plan zur Sanierung der Landwirtschaft dem Parlament unterbreitet. Durch Zinszuschuß und durch eine Schuldenanerkennung, durch die Mehrausgaben von 124 Millionen Kronen entstehen, die wiederum durch Steuern aufgebracht werden sollen, soll der Landwirtschaft geholfen werden. Wird das einen grundsätzlichen Wandel bringen? Denn groß ist die Not der dänischen Landwirtschaft, die hauptsächlich auf den Weltmarkt angewiesen ist. Nach einer Untersuchung der parlamentarischen Landwirtschaftskommission haben nicht weniger als 600 000 bäuerliche Betriebe eine Schuldenlast von 110 v. H. ihrer Pfandleihenwerte. Und Methoden wie die Abschachtung von 40 000 Zuchttauen, um die Schweinezucht einzuschränken, zeigen die Widersinnigkeit einer liberalistisch-kapitalistischen Agrarpolitik.

Auch in Frankreich verzweifelte Bauern. In unglücklichen Versammlungen demonstrieren sie gegen die Vernachlässigung durch die Regierung und fassen Entschlüsse, in denen gesagt wird, daß der französische Bauer nichts mehr zu verlieren habe und deshalb alles wagen könne. Der Abfluß an landwirtschaftlichen Maschinen ist seit 1930 um 70 bis 80 v. H. zurückgegangen. Die Lage auf dem Getreidemarkt ist trotz einer etwas günstigeren Preisentwicklung immer noch katastrophal. Mit einer Flut von Notverordnungen, deren „Erfolge“ harter an die Brünningschen Notverordnungen in Deutschland erinnern, versucht man, der Lage Herr zu werden.

Noch schlimmer das Bild in Litauen, wo es sogar zu bewaffnetem Widerstand der Bauern kam, deren Abelsführer vom Kriegsgericht zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Abflachwierigkeiten selbst bei einem Preisstand, der nach deutschem Gelde für ein Pfund Butter etwa 25–30 Pfg., bei einem Schlachthuhn 30 Pfg. und bei einer Ente 50 Pfg. beträgt. Es ist deshalb verständlich, daß bei einer solchen Lage der Kommunismus willige Ohren findet und daß er alles benützt, um die Bauern in Aufruhr zu versetzen. Die Verhaftung von Kommunisten bei den Bauernunruhen, die Flugblätter verteilten, zeigt das.

Man könnte diese Liste noch um vieles vermehren; denken wir nur an Oesterreich mit seiner ungeheuren Verschuldung des Bauerntums und den unzulänglichen Versuchen, zu helfen. Und auch in einem Land wie die Schweiz, das doch lange ein Gegenstand des Neides war, schließen sich die Bauern trotz ihrer individualistischen Haltung über alle Parteien hinweg zu einer gemeinsamen Organisation zusammen und unterbreiten der Regierung ihre Forderungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Wohin wir gehen, überall in der Welt rings um Deutschland, Bauern in Unruhe. Als lahmender Dritter sieht dieser Entwicklung die Dritte Internationale, der Kommunismus, zu, der das Chaos noch schürt, weil er weiß, daß er nur in der Verzweiflung ernten kann. Soll das nicht auch die ewigen Besserwisser bei uns dazu bringen, die Entwicklung in Deutschland vielleicht einmal unter diesem Gesichtswinkel zu sehen? S. D.

Reichs- und Gauleitertagung in München

NRK. In München fand am Mittwoch unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Führers und in Anwesenheit sämtlicher Reichsleiter, Gauleiter und Amtsleiter der Reichsleitung die erste Gauleitertagung des vierten Jahres der nationalsozialistischen Revolution statt. Der Vormittag stand im Zeichen einer umfangreichen und ins Einzelne gehenden Aussprache über eine Reihe aktueller innerpolitischer Tagesfragen. Vor dem Eintritt in die Beratungen gedachte der Stellvertreter des Führers in bewegten Worten des im letzten Jahre verstorbenen Gauleiters Hauptmann Loeper.

Von den einzelnen Punkten der Tagesordnung, in deren Mittelpunkt vor allem wirtschaftliche Fragen standen, fanden die mit der deutschen Ernährungslage zusammenhängenden Fragen besonderes Interesse. Es kam zum Ausdruck, daß die entstandenen vorübergehenden Verknappungen ihren wesentlichen Grund in der durch den nationalsozialistischen Aufbau hervorgerufenen Verbesserung der Lebenshaltung von Millionen von Familien gehabt haben und daß das Verständnis und die innere Haltung des deutschen Volkes in diesen Fragen vorbildlich gewesen seien.

Des weiteren wurden in eingehenden und fruchtbaren Erörterungen Anregungen für die weitere Fortführung der Arbeitsfront sowie Einzelragen der Betreuung des deutschen Handwerks und Handels besprochen.

In der Tagung der Reichsleiter, die am Nachmittag im Braunen Haus stattfand, erstatteten die einzelnen Reichsleiter ausführlichen Bericht über die Lage und die Entwicklung ihres Tätigkeitsgebietes, wobei die erfreulichen Fortschritte der Parteiarbeit im abgelaufenen Jahre herausgestellt, aber auch einzelne Schwierigkeiten, die hier und dort vorübergehend zu überwinden waren, einer offenen und aufmerksamen Prüfung unterzogen wurden. Es kam dabei insbesondere der Wille zum Ausdruck, die bewährte Energie und weltanschauliche Kraft der Partei in die Aufwärtsentwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet weiterhin aufs schärfste zum Einsatz zu bringen.

Danktelegramm König Eduards an den Führer

Berlin, 23. Jan. Seine Majestät König Eduard VIII. von England hat die Beileidskundgebungen des Führers und Reichszanzen zum Ableben des Königs Georg V. mit einem Danktelegramm beantwortet, das in Uebersetzung wie folgt lautet: Die Königin, meine Mutter, vereint sich mit mir in aufrichtiger Dankagung, Herr Reichszanzen, für Ihre freundlichen Beileidsbezeugungen und die Versicherung des Mitgeföhls der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes an dem schweren Leid, das durch den Tod des Königs, meines geliebten und verehrten Vaters, über uns und die britischen Völker gekommen ist. Eduard R. A.

Kurze Tagesübersicht

Am Freitag findet in Berlin das Treffen der Ordensritter des Pour le merite unter Führung des Generalfeldmarshalls von Madensen statt.

Der französische Staatspräsident Lebrun hat Sarraut mit der Kabinettsbildung beauftragt, nachdem Delbos und Herriot von den Sozialradikalen abgelehnt hatten.

Die Leiche König Georgs wurde am Donnerstag von Sandringham unter ungeheurer Beteiligung zur Westminsterhall in London übergeführt und ausgebahrt.

Im Völkerbundrat gab es um den sowjetrussischen Vorschlag gegen Uruguay eine interessante Aussprache, bei der die bolschewistischen Umtriebe Moskaus grelle Beleuchtung erfuhren.

In Damaskus kam es weiter zu schweren Zusammenstößen, wobei die französische Polizei sogar Tanks einsetzte.

Ergebnisse der Viehzählung

Nur leichter Rückgang des Viehbestandes
Die Bilanz widerlegt Gremelmärchen

Das vorläufige Ergebnis der Viehzählung vom 3. Dezember 1935 war mit besonderem Interesse deshalb erwartet worden, weil auf einzelnen Gebieten der Fleischversorgung in der jüngsten Zeit Spannungen aufgetreten waren. Ausländische Lügen faselten von einem unerhörten Rückgang des deutschen Viehbestandes und knüpften die tollsten Kombinationen an diese ihre Erfindung. Die Viehzählung hat nun dieses Lügengewebe vernichtet. Es ergab sich, daß am 3. Dezember 1935 folgender Viehbestand in Deutschland vorhanden war: 3,38 Millionen Pferde (gegen 3,26 Millionen am 5. Dezember 1934), 18,91 Millionen Stück Rindvieh (19,19), davon Kühe 11,06 (11,09), 3,92 Millionen Schafe (3,48), 22,82 Millionen Schweine (23,16), 2,5 Millionen Ziegen (2,49), 85,95 Millionen Hühner (85,85), 2,13 Millionen Bienenstöcke (2).

Dieses Gesamtergebnis der Viehzählung kann, wie die parteiantliche NS-Landpost berichtet, als erfreuliches Zeichen dafür angesehen werden, daß die gesamte Landwirtschaft zum vollen Einsatz in der Erzeugungsschlacht bereit ist. Als Erfolg der Erzeugungsschlacht auf dem Gebiete der Steigerung unserer Vollerzeugung werde man besonders die Vermehrung der Schafbestände um 440 000 Stück ansehen können. Nicht weniger erfreulich sei im Hinblick auf die Eierversorgung die Zunahme der Hühner um 100 000 Stück.

Ausschlaggebend sei die Entwicklung der Rindvieh- und Schweinehaltung. Hier sei zwar bei Rindern eine Verminderung um 280 000 Stück erfolgt; angesichts der besonders ungünstigen Futterverhältnisse der letzten beiden Jahre sei aber diese Abnahme um rund 1,5 Prozent sehr viel geringer als vielfach befürchtet wurde. Verschiedentlich sei nämlich der deutsche Rindviehbestand nur noch auf knapp 17 Millionen Stück geschätzt worden. Die Abnahme der Zahl der Kühe um 30 000 sei bei dem Gesamtbestand von mehr als 11 Millionen so gut wie bedeutungslos, so daß man uneingeschränkt sagen könne, daß die Grundlagen der deutschen Milchwirtschaft nach wie vor unerschüttert seien. Gerade die nächsten Wochen würden eifrige Schulungsarbeit über die Fragen der Tierhaltung bringen. Der Schweinebestand, der bereits bekanntgegeben wurde, sei dadurch gekennzeichnet, daß der Tiefpunkt im Jahre 1935 überwunden wurde.

„Aus unserem Opfer leuchtet die Unsterblichkeit“

Stuttgart, 23. Jan. Der junge nationalsozialistische Dichter, SA-Obersturmbannführer Gerhard Schumann, hat eine neue Dichtung, ein heroisches Spiel, geschrieben, das im Rahmen einer Morgenfeier der SA am nächsten Sonntag, den 26. Januar 1936, vom Deutschlandender mit dem Reichsleiter Stuttgart als Urheber und dem angeschlossenen Sender Frankfurt a. M. zur Uraufführung gebracht wird. Diese neue Dichtung Gerhard Schumanns, die ganz aus dem Geist der SA, und damit der nationalsozialistischen Weltanschauung heraus gestaltet ist, die in Dichtung und Musik eine einheitsliche Schöpfung darstellt, ist richtungweisend für die neuen Formen der Kunst, wie sie der Führer erwartet. Im harten, heroischen Stil der Zeit geschaffen, ist diese Dichtung die Sprache der SA, und damit der deutschen Zukunft! Den Mittelpunkt der SA-Morgenfeier bildet die Ansprache des Führers der SA-Gruppe Südwest, Gruppenführer Rudin. Hunderttausend Mann der SA-Gruppe Südwest werden zum Gemeinschaftsempfang angetreten sein und in ganz Deutschland wird sich die SA, und alle ihre Freunde am Lautsprecher versammeln.

Aufruf der letzten Betriebsgruppen zur Ausstellung der Arbeitsbücher

Berlin, 23. Jan. Der Stand der Durchführungsarbeiten bei der Ausstellung der Arbeitsbücher ermöglicht es, nunmehr auch die letzten Betriebsgruppen zur Ausstellung der Arbeitsbücher aufzurufen. Dies gilt durch eine dritte Bekanntmachung des Präsidenten der Reichsanhalt mit Wirkung vom 1. Februar 1936 ab. Zu dieser dritten Gruppe gehören folgende Betriebsgruppen:

1. Holz- und Schnitzstoffgewerbe,
2. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe,
3. Verkehrswesen,
4. Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen (ohne die häuslichen Dienste).

Ueber die Zugehörigkeit der Betriebe zu den Betriebsgruppen erteilen die Arbeitsämter in Zweifelsfällen bereitwillig Auskunft.

Staat und Kirche

Berlin, 23. Jan. Der Landeskirchenausschuß der evangelischen Kirche der altpreußischen Union trat zum erstenmal mit den neugebildeten Provinzialauschüssen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die Aufgabe der Kirchenausschüsse, so führte Generalsuperintendent Dr. Eger aus, sei zeitlich und sachlich insofern begrenzt, als ihnen eine bestimmte Frist gewährt sei, nach deren Ablauf sie vor die Vertrauensfrage seitens der Kirche gestellt würden. Es sei nicht Aufgabe der Ausschüsse, Glaubens- und Bekenntnisfragen zu entscheiden. Das vom Staat achtete

„Ist sei eine freie evangelische Kirche im Dritten Reich. Ihrer Aufgabe werden deshalb die Ausschüsse nur dann gerecht, wenn sie nicht nur in Lokalität, sondern in aufrichtiger Treue zum Staate stehen, reichhaltig die von ihm gewollte deutsche Volksgemeinschaft bejahen und praktisch fördern helfen. Diese Volksgemeinschaft gründe sich auf das Vertrauen zum Führer. Die Kirche hat sich in diese Gemeinschaft einzuordnen, ja sie ist eingeordnet.“ Innerhalb der Kirche muß ein besseres Verständnis für das eigentliche Wesen des Nationalsozialismus entstehen. Sicherlich sei es notwendig, Theologie zu treiben, aber die Wirklichkeit, in die hinein die Kirche das Evangelium zu verkünden habe, müsse auch verstanden werden.

Vier Personen durch Rattengift vergiftet?

Mainz, 23. Jan. Wie der Pressedienst des Landgerichts Mainz mitteilt, wurde in den Leichen des im Juli 1930 verstorbenen Gastwirts Erich Bogler und des im Mai 1932 verstorbenen Friseurs Ludwig Seih aus Mainz-Rothheim Taktiumgift, das in Rattengift enthalten ist, festgestellt. Weiter waren der Stiefsohn der Frau Bogler und der Installateur Keun, beide aus Mainz-Rothheim, ebenfalls an Taktium-Vergiftung lebensgefährlich erkrankt. Sie hatten furchtbare Gliederschmerzen und Haarausfall und waren fast völlig erblindet. Diese Krankheitserscheinungen sind nach dem Gutachten des Sachverständigen typische Folgen der Taktiumvergiftung. Als der Tat dringend verdächtig befindet sich die Ehefrau Frieda Bogler aus Mainz-Rothheim in Unterjuchungshaft. Sie hat in den Jahren 1929 bis 1934 öfter eine Frau Margarethe Koder, eine Kartenlegerin, besucht, die dringend verdächtig ist, bei der Angelegenheit ihre Hände im Spiel gehabt zu haben. Beide Frauen sprechen von einem „Onkel Ehrhardt“, von dem angenommen wird, daß er die von den Frauen bei ihren Giftdosen benutzten angeblichen „Veraltungsstättchen“ geliefert hat.

König Georgs Ueberführung nach London

London, 23. Jan. Der tote König wurde am Donnerstag von Sandringham in seine Hauptstadt übergeführt, in der er über 25 Jahre lang über die Geschichte seines Reiches gewacht hat. Nachdem in der Kirche des Städtchens Sandringham ein kurzer Gottesdienst stattgefunden hatte, wurde der Sarg auf eine mit sechs Pferden bespannte Lafette gelegt. In dem Zug, der sich hierauf der etwa 4 Kilometer entfernten Eisenbahnstation Woburn zu bewegte, schritt unmittelbar hinter dem Sarge König Eduard VIII. in Begleitung seiner Brüder und seines Schwagers, des Lords Harwood. Ihnen folgten die Wagen mit den Mitgliedern des königlichen Hauses und anschließend Hunderte von Bewohnern des Städtchens Sandringham, wo die gesamte Bevölkerung Trauerkleidung angelegt hat. Auch das Lieblingspferd des Königs, ein weißes Pony, das König Georg oft auf der Jagd geritten hat, trottete im Trauerzug mit. Barhäutig standen zu beiden Seiten des Weges dichte Menschenmengen, als in langsamem Schritt die Lafette, auf der sich der mit der Standarte des Königs von England bedeckte Sarg befand, vorüberzog. Die Königin, ihre Tochter sowie die Herzogin von York waren völlig in schwarz gekleidet und ihre Gesichter waren von schweren Kreppschleiern verhüllt. Ein Dubelackpfeifer spielte dem König die letzten Weisen, und in den Pausen waren nur die langsamen Schritte der Teilnehmer des Trauerzuges auf dem hartgefrorenen Boden hörbar. Kurz vor Mittag traf der Leichenzug in Woburn ein und wenige Minuten nach 12 Uhr verließ der Eisenbahnzug mit den sterblichen Resten Georgs V. und dem König, der Königin Mary und der königlichen Familie die Station in Richtung London, wo bereits alle Vorbereitungen für eine Ueberführung von der Station Kings Cross nach der Westminster-Hall getroffen waren.

Hier ist ein mit schwarzem Tuch bedeckter Katafalk errichtet worden, auf den der Sarg des Königs gestellt wird. Purpurorote Stoffe bedecken ein großes Biered, das bis zu den Abperrungen reicht. Von hier aus wird die Bevölkerung in den nächsten vier Tagen von ihrem König Abschied nehmen.

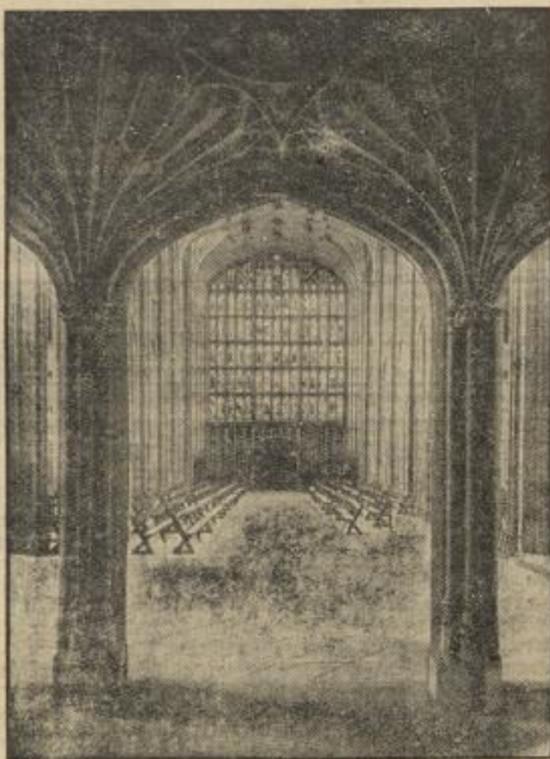
Die Aufbahrung König Georgs

London, 23. Jan. Hunderttausende von Menschen säumten die Straßen, als nach der Ankunft des toten Königs in einer schlichten, aber eindrudsvollen Prozession der kurze Leichenzug von der Station Kings Cross seinen Weg zur Westminster-Hall nahm.

Die Kirchenglocken küteten und überall standen die Menschen in stummer Ergriffenheit. Beim Herannahen des Zuges in der Weiße Hall entblöhten Alt und Jung das Haupt, als die Lafette mit dem Sarge des toten Herrschers und dahinter die vier

Söhne des heimgegangenen Fürsten, darunter König Eduard, vorüberzog. Am Eingang zur Westminster-Hall erwartete Königin Mary den Leichenzug.

Nach einer kurzen Andacht lehrte König Eduard VIII. und die königliche Familie nach dem Buckingham-Palast zurück. Noch lange Zeit nachher waren die Straßen schwarz von Menschen und der Fahrverkehr kam nur mühsam wieder in Gang.



Westbild (M).

Die letzte Ruhestätte König Georgs V.

Die St. George's Kapelle in Windsor, in der der verstorbene König zur letzten Ruhe beigesetzt wird.

Die Pariser Kabinettsbildung

Paris, 23. Jan. Der Präsident der Republik hat noch am Mittwochabend seine Beratungen über die Neubildung der Regierung begonnen. Er hat zunächst die Präsidenten der Kammer und des Senats empfangen und hat anschließend mit den Vorsitzenden der großen Fraktionen Fühlung genommen. Ministerpräsident Laval erklärte, daß er das Anerbieten des Präsidenten der Republik, eine neue Regierung zu bilden, abgelehnt habe.

Paris, 23. Jan. Am Donnerstag fuhr der Abgeordnete Herriot im Elisee vor und wurde von dem Präsidenten der Republik zu einer Unterredung empfangen. Beim Verlassen des Elisees erklärte Herriot, Präsident Lebrun habe ihm den Auftrag der Kabinettsbildung angeboten; er habe ihn aber abgelehnt.

Paris, 23. Jan. Nach Herriot empfing Präsident Lebrun im Elisee den Vorsitzenden der radikalsozialistischen Kammergruppe, den Abgeordneten Delbos und bot ihm als Vorsitzenden der stärksten Kammergruppe den Auftrag der Kabinettsbildung an. Nach einer dreiviertelstündigen Unterredung hat auch Delbos diesen Auftrag abgelehnt und zwar mit der Begründung, daß er als Vorsitzender der radikalsozialistischen Kammergruppe politisch zu sehr festgelegt sei. Nach seiner Ansicht müsse wegen der bevorstehenden Kammerwahlen eine weniger politisch gekennzeichnete Persönlichkeit die Kabinettsbildung übernehmen.

Gegen Mittag empfing Präsident Lebrun den radikalsozialistischen Senator Sarraut und bot ihm in einer einstündigen Unterredung den Auftrag der Kabinettsbildung an. Senator Sarraut hat das Angebot grundsätzlich angenommen und wird nach Fühlungnahme mit einer Reihe politischer Persönlichkeiten dem Präsidenten seine endgültige Antwort überbringen.

Der Gefürchtete erschien. Hinter ihm tauchte das hässlich lächelnde Gesicht von Kunz auf.

„Ah — Bärbele ist bereit!“ sagte der Graf mit boshaftem Lächeln. „Ich hatte es nicht anders erwartet, als daß du zur Bekanntschaft kommen würdest. Verzeih die ungewöhnliche Stunde — aber am Tage hätte es vielleicht Aufsehen gemacht. Es wird ein schöner Brautritt durch die Sommernacht werden.“

„Ich bin in Eurer Gewalt — das ist alles! Aber frohlockt nicht zu früh.“

Ihre Augen blickten ihn drohend an.

„Spar dir die Warnungen, Bärbele. Mir genügt daß du den Widerstand aufgibst. Und was ich versprochen habe, halte ich: Noch heute nacht wird uns der Pfarrer segnen.“

Ein Jähren lief durch ihre Gestalt.

Jörg — Jörg, schrie es in ihrer Seele. Bist du in der Nähe? Wirst du mich retten vor dem Entsetzlichen?

„Heute noch wirst du mein Weib. Und dann — gehörst du mir. Ich hoffe, du wirst — dankbar sein.“

Sie antwortete nicht. Ihre Lippen lagen fest aufeinander.

„So komme denn,“ sagte Walter und bot ihr mit übertriebener Höflichkeit die Hand. Sie beachtete es nicht und schritt an ihm vorbei durch die Tür.

Alles andre geschah dann wie im Traum.

Sie fühlte sich in den Sattel eines Pferdes gehoben. Waffengeklirr. Das Gefolge scharte sich um sie und den Bedienten. Und hinaus ging es zum Tor, in die Nacht hin.

Graf Walter mit an ihrer Seite.

Sie empfand die herbe Süße der Nacht wie eine Erfrischung, die sie ruhiger machte. Zuversichtlicher.

Bespenstlich warfen die Bäume ihre Schatten über den Weg. Bärbele blickte mit heißen Augen seitwärts. Jeden Augenblick mußte es doch aus dem Unterholz hervorbrechen, knirschend, brausend, jubelnd: Hie Junfer Jörg von Rothenburg!

Aber nichts war zu hören als das Trappeln der Pferdehufe. Das Klirren der Waffen an den Gurten der Reiter. Da begann sie leise zu beten.

Raus sagte der Graf an ihrer Seite:

Der letzte Junker von Rothenburg

Roman von Paul Hain.

36

Nachdruck verboten

Kunz lachte höhnisch.

„Nun genug! Und — wenn du dann nicht freiwillig folgst — so nimm dich der Herr wie du bist aufs Pferd. Wird ein schöner Brautritt sein, haha —“

Er stapfte hinaus.

Bärbele stöhnte laut. Womit hatte sie so Furchtbare verdient? Konnte das Schicksal so böse und ungerecht sein? Morgen wollte Jörg kommen — Jörg, der letzte, Jörg ihr Retter — und in dieser Nacht verriet das Schicksal sie? Sie erhob sich — streifte die Kleider über.

So schwer, unendlich schwer waren ihre Hände.

Nein — sie konnte sich nicht wehren. Nur zu gut wußte sie es. Unten im Hofe scharten Pferdehufe. Leise Stimmen murrten. Dort wartete der Trost des Grafen.

Und in einer klammen Weile — sie schauderte.

Jörg, Jörg — warum kommst du nicht eine Nacht früher? Da straffte sich ihre geschmeidige Gestalt.

Noch war ja nicht alles verloren. Jörg lebte! Er mußte irgendwo in der Nähe sein. Vielleicht — lag er gar draußen im Walde auf der Lauer! Mit Sinnern, dem Treuen!

Sein Herz mußte ihm ja doch sagen, daß sie in Gefahr war. Er würde sie retten! Es konnte ja nicht anders möglich sein! So boshaft konnte doch das Schicksal nicht sein, sie so zum Narren zu halten.

Sie wurde gefaßter.

Nein — sie wollte nicht verzagen. Graf Walter sollte sie nicht furchtsam sehen, sollte nicht glauben, daß sie noch einmal auf den Knien vor ihm liegen würde. Er sollte — zu früh triumphieren!

Bei diesem Gedanken zog eine feierliche Ruhe in ihr Herz ein.

Stolz, mit hochgehobenem Haupt, erwartete sie ihn. Nicht klein und demütig sollte er sie finden.

Die Tür ging auf.

Die Bemühungen Sarrauts

Senator Albert Sarraut hat im Laufe des Nachmittags seine Beratungen fortgesetzt und eine längere Unterredung mit Laval gehabt. Anschließend empfing Sarraut eine Anzahl politischer Persönlichkeiten, deren Mitarbeit oder zum mindesten Unterstützung Voraussetzung für das Gelingen seiner Aufgabe ist.

Man hat den festen Eindruck, daß weder mit der Bildung einer Regierung der Volksfront, die sich also aus Mitgliedern der Radikalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten zusammensetzen müßte, noch mit einem rein radikalsozialistischen Kabinett zu rechnen ist. Sarraut bemüht sich, ein Kabinett der Konzentration zusammenzubringen, das dem Laval sehr ähnlich sein dürfte, sich wahrscheinlich aber mehr auf links stützen wird.

Die Radikalsozialisten, die einen Erfolg Sarrauts haben der einen oder anderen Richtung hin begrüßen würden, haben sich im Laufe des Nachmittags noch einmal versammelt und ihren Vorsitzenden Daladier beauftragt, Sarraut die Glückwünsche der Partei zu überbringen und ihm mitzuteilen, daß sie bereit seien, eine Regierung zu unterstützen, die nachstehende drei Punkte an die Stelle ihres Programms lege: 1. Die Verteidigung des Frankreichs gegen die Spekulation. 2. Die Verteidigung der öffentlichen Freiheit gegen die Antriebe der sogenannten Blinde. 3. Die Wiederanrichtung der Außenpolitik im Rahmen und in Uebereinstimmung mit den Grundfäden des Völkerbundes.

Kommunistischer Parteitag in Frankreich

Paris, 23. Jan. In Villeurbanne, der kommunistischen Hochburg unweit von Lyon, wurde die 8. Tagung der kommunistischen Partei Frankreichs unter dem Vorsitz des kommunistischen Senators Cachin eröffnet. Der große Saal war mit riesigen Inschriften versehen, auf denen man lesen konnte: „Es lebe die französische Republik der Sowjets“, „Wir müssen Thälmann gewinnen wie eine Schlacht“, „Die Reichen sollen bezahlen“ und andere nette Verse. An allen Ecken und Enden des Saales waren lebensgroße Bilder von Marx, Engels, Cachin, Dimitroff, Thälmann, Lenin, Stalin und anderen Aposteln der Dritten Internationale aufgestellt.

Als Cachin als erster das Wort ergriff, wurde er mit erhobenen Fäusten und dem Gesang der Internationale begrüßt. Gleich die Ausführungen Cachins den üblichen Rahmen kommunistischer Schlagwortpolitik nicht verlassen, sollen doch seine statistischen Angaben festgehalten werden. Nach Ausführungen Cachins verfügt die kommunistische Partei Frankreichs augenblicklich über 60 Gebiete anstatt 46 im Vorjahr, 445 Bezirke anstatt 300, 776 Zellen anstatt 588 und 34 445 Blöcke anstatt 31 390 im Vorjahr. Die gesamte Mitgliederzahl der Partei beträgt angeblich 714 000 eingeschriebene männliche und weibliche Mitglieder sowie 25 000 Mitglieder der kommunistischen Jugend.

Die Kommunisten hätten das Abkommen über die gewerkschaftliche Freiheit unterzeichnet und dem Programm der Volksfront zugestimmt, obgleich dieses Programm nicht den Kommunismus bedeute. Man solle ihnen zunächst einmal die sofort zu verwirklichenden Punkte dieses Programms zeigen, und dann werde man weiter gehen. Die Partei werde aber nie vergessen, daß ihr Ziel die Erreichung der französischen Republik der Sowjets sei. Inzwischen könnte man aber ruhig Bündnisse schließen und sich an der großen Bewegung der Volksfront beteiligen, um den Faschismus aufzuhalten.

Sowjet-Beschwerde gegen Uruguay

vor dem Völkerratsrat

Genf, 23. Jan. Die sowjetrussische Beschwerde gegen Uruguay wegen des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen wurde am Donnerstag vom Völkerratsrat in öffentlicher Sitzung behandelt.

Der sowjetrussische Vertreter Litwinow gab in weitläufigen Ausführungen, die von Behauptungen und belanglosen Phrasen frohen, eine ausführliche Darstellung des Streitfalles, wobei er sich selbstverständlich bemühte, alle Schuld auf Uruguay zu schieben. In seiner dreiviertelstündigen Rede stellte er zunächst die Behauptung auf, daß es sich nicht nur um die Interessen der beiden Länder handele, sondern um allgemeine Interessen. Die Interessen der Sowjetunion würden durch den Beschluß Uruguays praktisch gar nicht berührt. Litwinow bemühte sich dann um den Nachweis, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen einen „Bruch“ im Sinne des Artikels 12 und eine offensichtliche Verletzung des Völkerratspactes darstellten. Er „stellte fest“, daß die in der uruguayischen Note

„Was murmelel du da? Zaubersprüche? Sie nützen dir nichts. Meine Bewaffneten sind stärker als deine Gebete. Noch eine halbe Stunde, dann sind wir auf der Burg.“

Sollte es wirklich möglich sein, daß Jörg sie nicht befreit? Sie preßte die Hände gegen das wildschlagende Herz.

So würde er — morgen kommen! Dem morgen nach mußte er ja alles wissen!

Aber bis morgen — konnte vieles geschehen sein! Furchtbare! So namenlos Trauriges!

In der Ferne leuchteten die erhellen Fenster der Burg durch die Nacht.

Bärbele fühlte sich im Sattel wanken. Eine plötzliche Schwäche schiel sie. Walter griff mit dem Arm nach ihr — wollte sie an sich ziehen. Da raffte sie alle Kraft zusammen und hielt sich wieder aufrecht.

Die Zugbrücke raffelte herunter.

Es ging in den Burghof hinein. Fackeln verbräuteten flackernde Helligkeit. Ein paar Troßhufen lungerten neugierig herum. Bärbele glitt vom Pferd.

Rufe und Antworten flogen hin und her. Graf Walter hatte Bärbele aufgefangen — sie hatte keine Kraft mehr zum Widerstand in sich. Er trug sie in die Halle — eilte mit der leichten Last die Treppe hinauf, in sein Zimmer und bettete sie auf das Ruhebett. Eine tolle, begehrliche Leidenschaft erfüllte ihn.

Ah — endlich wurde sie sein! Nun konnte sie ihm nicht mehr entrinnen! Auch das letzte Ziel, das er sich in seiner zigellosen Begierde gesetzt hatte, erreichte er nun. Das Bärbele, die Schönste von Rothenburg — wurde sein!

Er beugte sich über sie. Sie lag totenblau an den Küssen. Eine wohlthätige Ohnmacht hielt sie umfangen, und sie fühlte sich die heißen, sinnlosen Küsse, mit denen er ihr Gesicht bedeckte. — Da fuhr er herum.

Der Borhang, der vor der Tür zum Nebenraum hing, hatte sich geteilt. Eine stolze Frauenerscheinung stand dort. Die Aebtissin Mechthild.

(Fortsetzung folgt).

erwähnten Aufschuldigungen gegen die Sowjetregierung und ihre Vertretung in Montevideo völlig unbegründet seien (!). Uruguay spreche lediglich Vermutungen aus, und auch diese seien in der Hauptsache nicht seine eigenen. Scheinheilig erklärte der Vertreter der Sowjetunion, daß weder die Sowjetregierung, noch die Sowjetvertreter in Montevideo, noch irgendwelche andere Beauftragte der Sowjetregierung kommunistische Kreise in Uruguay oder in einem benachbarten Staat aufgewiegelt oder unterstützt hätten; denn „die Sowjetregierung hält unabänderlich an ihrer Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten fest“ (!!). Die uruguayische Regierung solle Beweise des Gegenteils, wenn sie irgendwelche habe, vorbringen und, so behauptete Litwinow anmahnd, derartige Beweise könnten nicht erbracht werden. Zum Schluß erklärte der Sowjetvertreter, die uruguayische Regierung habe bei ihrem Vorgehen zweifellos „auf die Vorurteile spekuliert, die in reaktionären Kreisen vieler Länder gegen die Sowjetunion gehegt würden“, wobei er sich in ebenso törichte, wie haltlosen Verdächtigungen gegen Deutschland und Italien erging.

Der Vertreter Uruguays betonte, daß das Vorgehen seines Landes eine Handlung der Solidarität mit seinen Freunden und Stammesverwandten in Südamerika gewesen sei und überdies ein Akt der Notwehr, über die allein das pflichtgemäße Ermessen der Regierung von Uruguay zu entscheiden habe. Uruguay habe seit 1928 theoretisch und seit 1933 tatsächlich in diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion gestanden, und es habe durch die Ausweisung des Sowjetvertreters einen Zustand wieder hergestellt, der vor 1933 bestanden habe, und zwar ohne Beanstandung Moskaus oder daß darüber ein Konflikt ausgebrochen wäre. Artikel 12 der Völkerbundscharta sei nicht anwendbar, denn die Schlichtung befristete sich nicht mit Bürgerkriegen und Bürgerkriegsgefahren. Uruguay wolle Arbeit, Ordnung und Frieden. Die Sowjetpropaganda in der Welt und insbesondere in Südamerika richte sich gegen die Grundlagen der Familie, der sozialen Ordnung, der Religion und Kultur überhaupt.

Am übrigen wies der Vertreter Uruguays darauf hin, daß das Vorgehen seines Landes keineswegs vereinzelt dastehe. Gleich nach dem Kriege habe die Sowjetregierung aus der Schweiz ausgewiesen werden müssen. England, Mexiko, die Vereinigten Staaten und andere hätten die gleichen Erfahrungen gemacht, und der letzte Kongreß der Komintern spreche eine so eindeutige Sprache, daß es auch nach Auffassung der amerikanischen Regierung, die im August vorigen Jahres der Sowjetregierung mitgeteilt worden sei, keines weiteren Beweises für die organisierte Mordarbeit Moskaus bedürfe. Die Unterscheidung zwischen der Sowjetregierung und der kommunistischen Internationale sei nicht aufrecht zu erhalten, denn Stalin sei der tatsächliche Herr der Sowjetunion.

Zum Schluß der Vormittagsitzung wies Baron Moissi nachdrücklich die in der Rede Litwinows enthaltene Anspielung auf Italien zurück. Er erklärte, Italien brauche keine Spekulation und keinen Vorkurs, um sein Vorgehen, das es zum Schutze seiner Rechte und seiner Sicherheit unternommen habe, zu rechtfertigen. Es habe den Mut, sich zu seinem Vorgehen zu bekennen und müsse es ablehnen, daß in einer Ratssitzung, die mit dieser Angelegenheit nichts zu tun habe, durch einige hingeworfene Worte der Versuch gemacht werde, die italienische Politik zu kennzeichnen. Was die Haltung der italienischen Presse gegenüber der Sowjetunion betreffe, so sei dies nur eine Antwort auf die Angriffe der Sowjetpresse.

Titulescu Berichterstatter über die Sowjetbeschwerden

Die Aussprache wurde nachmittags fortgesetzt. Litwinow suchte die einzelnen Punkte der Rede des Vertreters von Uruguay zu widerlegen oder lächerlich zu machen. Er erklärte u. a., der Vertreter Uruguays habe keine der vorgebrachten Tatsachen bestritten und keine Beweise für seine Behauptungen erbracht. Seine Ausführungen über die Identität zwischen der Sowjetunion und der Komintern konnten täglich in irgend einer deutschen Zeitung oder einem anderen reaktionären Blatt nachgelesen werden. Sie hätten mit dem vorliegenden Fall nichts zu tun. Die Tatsache, daß der brasilianische Revolutionär Prestes Kommunist sei, mache keine Revolution noch nicht zu einer kommunistischen. An diese Ausführungen Litwinows schloß sich eine weitere Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der beiden Parteien, die von Litwinow schließlich mit erhobener Stimme und gereizten Worten geführt wurde.

Nachdem die Vertreter der beiden Parteien alle ihre Gründe vorgebracht hatten, schlug der Ratspräsident vor, den rumänischen Außenminister Titulescu zum Berichterstatter für diese Frage zu ernennen, wobei offen bleibt, ob der Bericht bei der gegenwärtigen oder erst bei der nächsten Tagung vorgelegt werden soll. Titulescu soll von dem dänischen Außenminister Runch und dem spanischen Vertreter Madariaga unterstützt werden. Die sofortige Beschlußfassung über diesen Vorschlag scheiterte jedoch daran, daß Litwinow eine neue Erklärung abgab, in der er ein Urteil des Rates als unmöglich erklärte, solange nicht Uruguay sein Beweismaterial vorlege. Er wurde vom Ratspräsidenten darüber belehrt, daß es die Aufgabe des Rates in dieser Angelegenheit sei, eine Verständigung herbeizuführen und nicht ein Urteil zu fällen.

Titulescu erklärte sich zur Übernahme der Berichterstatterung bereit, wenn auch, wie er sagte, unter starken Bedenken, die durch diese Ratsaussprache noch verstärkt worden seien. Er wolle sich aber der ihm auferlegten Pflicht nicht entziehen, zumal er, wie er unter allgemeiner Heiterkeit feststellte, seit acht Jahren den Artikel 11 Absatz 2 mit wechselndem Erfolg anwende. (Dieser Artikel gibt jedem Bundesmitglied das Recht, die Aufmerksamkeit der Versammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein könnte, und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen zu fördern drohe.)

Der Völkerbundsrat wandte sich weiter dem italienisch-äbessinischen Konflikt zu, um den Bericht des Dreizehner-Ausschusses, den Madariaga vorlegte, entgegenzunehmen. Baron Moissi erklärte dazu, es sei nicht seine Aufgabe, die verschiedenen Punkte dieses Berichtes zu erörtern, weshalb er sich der Stimme enthalte. Der Bericht wurde ohne weitere Aussprache einstimmig angenommen.

Sanktionen und Hilfeleistung

Edens Bericht über die Verhandlungen

Genf, 23. Jan. Der englische Außenminister Eden hat in einem Schreiben des Präsidenten der Sanktionskonferenz das Ergebnis des Meinungsaustausches der englischen Regierung mit Frankreich, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei mitgeteilt.

In dem Schreiben wird betont, daß die gegenseitige Unterstützung der Staaten, die an den Sanktionen teilnehmen, gegenüber einer militärischen Aktion des vertragsbrüchigen Staates zwar ein Grundgesetz von allgemeiner Bedeutung sei, jedoch in ihrer Anwendung die besondere Zusammenarbeit derienigen Mitglieder des Völkerbundes erfordere, die

mit Rücksicht auf ihre militärischen Verhältnisse oder ihre geographische Lage am unmittelbarsten betroffen würden.

Es habe sich deshalb im vorliegenden Falle darum gehandelt, festzustellen, ob die Staaten, deren Hilfeleistung besonders erforderlich sei, bereit sein würden, konkrete Hilfeleistung zu gewähren und bejahendenfalls welches der genaue Charakter dieser Hilfeleistung sein würde.

Die britische Mitteilung führt die Antworten an, die die französische Regierung auf Englands Anfragen vom 14. und 18. Oktober erteilt habe und erklärt, es sei demgemäß zwischen den beiden Regierungen ein Einverständnis erzielt worden. Die Besprechungen zwischen den beiden Städten, die stattgefunden haben, beschränken sich durchaus auf eine gemeinsame Aktion für den Fall, daß aus der Anwendung von Sanktionen im gegenwärtigen Konflikt Feindseligkeiten im Mittelmeer entstehen sollten. Sie haben sich niemals auf irgend einen anderen Fall bezogen.

Die Denkschrift erwähnt ferner, daß Anfang Dezember erfolgten entsprechenden Erkundigungen der englischen Regierung bei Griechenland, der Türkei und Jugoslawien. Die Antworten, die diese drei Regierungen im Benehmen miteinander erteilten, ließen keinen Zweifel über ihre Bereitschaft, alle Verpflichtungen, die sich für sie aus der Sanktion ergeben, getreu zu erfüllen.

Eine französische Ergänzung

Gleichzeitig mit der englischen Denkschrift wird ein Schreiben des französischen Vertreters, Leger, an den Präsidenten der Sanktionskonferenz veröffentlicht, worin auf die englische Denkschrift Bezug genommen und erklärt wird:

Was die Rolle und die Haltung der französischen Regierung betrifft, so hat die französische Delegation der englischen Darstellung der Tatsachen nichts hinzuzufügen. Die sehr genauen Angaben der britischen Denkschrift sind geeignet, die Mitglieder des Vierzehner-Ausschusses vollständig über die Auffassung aufzuklären, die die britische und französische Regierung über die Tragweite und den etwaigen Anwendungsbereich der Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung aus Artikel 16 Abs. 3 des Statuts haben. Der Meinungsaustausch hat übrigens in nichts den Anwendungsbereich der gemeinsamen Verpflichtungen übergriffen, die die Mitglieder des Völkerbundes öffentlich übernommen haben. Infolgedessen kann sich daraus keinerlei Ueberraschung noch Mißverständnis in der Weltmeinung darüber ergeben.

Italien protestiert

gegen das englische Vorgehen

Genf, 23. Jan. Die italienische Regierung hat, wie hier verlautet, bereits in den verschiedenen Hauptstädten gegen das englische Vorgehen zur Sicherung der Hilfeleistung auf Grund von Artikel 16 Abs. 3 Einspruch erhoben und hat eine entsprechende Note an den Präsidenten des Völkerbundesrates angekündigt. Darin soll ausgeführt werden, daß die Organisation der militärischen Hilfeleistung auf Grund der Völkerbundsverpflichtungen Angelegenheit des Völkerbundesrates sei und daß die englische Regierung durch die Entsendung von Kriegsschiffen ins Mittelmeer den Entscheidungen des Rates in unzulässiger Weise vorgegriffen habe.

Bericht des Dreizehner-Ausschusses

Der Dreizehner-Ausschuh des Völkerbundesrates hat über die Lage im italienisch-äbessinischen Streit einen Bericht ausgearbeitet, in dem es heißt:

Im Augenblick kann er nur beschließen, die Lage entsprechend dem Auftrag, den er vom Rat am 19. Dezember erhalten hat, aufmerksam zu verfolgen. Der Ausschuh wird sich jedesmal versammeln, wenn es sein Präsident für notwendig hält. Er wird auch auf Antrag eines seiner Mitglieder oder einer der Parteien einberufen werden.

Vom Kriegsschauplatz

Italienischer Heeresbericht

Rom, 23. Jan. Der neue italienische Heeresbericht besagt: An der Erythraeafront sind starke Kämpfe im Gange, bei denen besonders eine Division Schwarzhemden in Anspruch genommen wird. An der Somalifront hat General Graziani in Neghelli die ersten Befehle für die politische und militärische Neuordnung des Gebietes Galla Borana gegeben.

Schlacht an der äbessinischen Nordfront

Abdis Abeba, 23. Jan. Seit dem 20. Januar ist, äbessinischen Frontmeldungen zufolge, an der Nordfront, nördlich von Wafalle, eine große Schlacht im Gange. Die äbessinischen Truppen greifen nach diesen Berichten die Italiener Tag und Nacht an, nachdem sie vorher einen italienischen Angriff zurückgeschlagen hatten. Einzelne äbessinische Abteilungen haben verschiedene italienische Stützpunkte und Artilleriestellungen im Sturm genommen und Tanks im offenen Kampf angegriffen. In die Schlacht griffen auch italienische Flugzeuge ein. Ein großer dreimotoriger Caproni-Bomber wurde, so verlautet, von dem äbessinischen Kommandanten Dagne Wodadjo abgeschossen. Nach äbessinischen Zählungen sollen die Italiener einige tausend Tote zu beklagen haben.

Bomben und Hagel über der äbessinischen Nordfront

Abdis Abeba, 23. Jan. Seit zwei Tagen sind über das Hochland von Andabit bis zur Nordfront ungeborene Regenfälle niedergegangen, die von starken Hagelschlägen begleitet waren und die Straßen für Tage unbenutzbar machen.

Nach äbessinischen Meldungen von der Nordfront haben tagslang starke Bombenangriffe im Wolkaitgebiet, insbesondere am Letit-Hilf stattgefunden. Es sei den äbessinischen Truppen gelungen, bei einem Angriff von vier italienischen Flugzeugen drei abzuschießen. Die Gesamtzahl aller bisher abgeschossenen italienischen Flugzeuge wird von äbessinischer Seite auf 13 geschätzt.

Wie Graziani Neghelli eroberte

Rom, 23. Jan. Aus den Frontberichten der römischen Presse zur Einnahme von Neghelli ergibt sich, daß dieser Vorstoß bereits am Montag vormittag und zwar unter persönlicher Führung von General Graziani durchgeführt worden ist. Am Abend vorher waren die im Heeresbericht erwähnten Schwadronen zusammen mit Abteilungen leichter Tanks und Panzerautomobile in Uarsavelli, 25 Kilometer von Neghelli, eingetroffen. Noch in der Nacht nahm diese Kolonne in breiter Front gestaffelt den Vormarsch wieder auf. Sie befand sich am Montag vormittag 8.30 Uhr noch 10 Kilometer von Neghelli entfernt, dessen Verteidigungsanlagen zur selben Zeit von einigen Flugzeugstaffeln für eine halbe Stunde wirksam mit Bomben belegt wurden. Wer unverletzt oder leicht verletzt blieb, floh, so heißt es in den Frontberichten, in das Buschwerk der umliegenden Höhen.

Nur einige amharische Abteilungen blieben mit Maschinengewehren in ihren Beständen, wurden aber nach kurzem Kampf durch die motorisierten Verbände zum Schweigen gebracht, während gleichzeitig die Keiterei Neghelli von beiden Seiten her einschloß und gegen 10 Uhr besetzte. General Graziani zog um 12 Uhr in die Stadt ein, deren Führer und Notabeln dem siegreichen

italienischen Heerführer sofort ihre Unterwerfung anzeigten. Alle die Stadt beherrschenden Höhen wurden besetzt. Die Einnahme der Stadt kam, wie die italienischen Korrespondenten an der Somalifront melden, für die Äbessinier so unerwartet, daß sie keine Zeit fanden, um die gewaltigen Bestände an Munition, Kriegsgüter, Lebensmitteln und Bekleidung zu zerstören.

Besuch bei dem totgefangenen Ras Hailu

Abdis Abeba, 23. Jan. Anlässlich des Aufstandes in der am Tanalee gelegenen Provinz Gobjam waren Gerüchte aufgetaucht, wonach der frühere Herrscher dieser Provinz, Ras Hailu, verhaftet worden sein sollte. Ras Hailu, der mit dem entthronten Kaiser Lidjaj Tassu eng befreundet gewesen ist, war im Jahre 1932 mit seinem Sohn in der Nähe von Abdis Abeba gefangen gesetzt worden. Seit Jahren wußte niemand, wo sich der Aufenthaltsort der beiden Befangenen befand.

Der Negus hat nun drei Presserepäsentanten, unter ihnen der Vertreter des DNB, gestattet, Ras Hailu zu besuchen. Der Ras ist in den Gemächern des Kronprinzen von Äbessinien untergebracht. Der Ras erklärte, er befinde sich seit drei Jahren in dieser Abgeschlossenheit und werde wie ein Freund behandelt. Bemerkenswert ist, daß aus dem Gespräch mit Ras Hailu hervorgeht, daß er nichts davon weiß, daß Äbessinien mit Italien Krieg führt.

„Daily Mail“ warnt Eden

London, 23. Jan. Die englische Presse bemüht sich, die Besprechungen des Völkerbundesrates über Danzig aufzubauhen und damit, so hat es den Anschein, die Aufmerksamkeit von der ins Stocken geratenen Behandlung der italienisch-äbessinischen Streitfrage abzulenken.

Als einzige Zeitung kritisiert „Daily Mail“ den englischen Außenminister scharf, den es den „gefährlichen Minister Eden“ nennt. Eden habe eine diktatorische Linie eingeschlagen, die den deutsch-englischen Beziehungen zu schaden drohe. In der Danziger Frage sei Großbritannien nicht unmittelbar betroffen. Es habe weder die Mittel noch die Rüstungen, um sich auf eine Kreuzritter-Politik für diese entfernte Stadt an der Ostsee einzulassen. „In der Vergangenheit hat England weder in der Remelsfrage, noch anlässlich der Besetzung von Bina etwas getan. Warum soll es sich stets heraus fühlen, das Kind zu schaukeln? Danzig ist eine Streitfrage, von der sich England fernhalten sollte. Die ganze Angelegenheit, so schließt das Blatt, sei nur eine weitere unselige Folgeerscheinung der Mitgliedschaft beim Völkerbund.“

Die ägyptische Kabinettskrise

Kairo, 23. Jan. Die ägyptische Regierungskrise soll nach Auffassung des Wafd in der Weise gelöst werden, daß das neue Kabinett ausschließlich aus Mitgliedern des Wafd gebildet wird. Er hätte jedoch nichts dagegen einzuwenden, wenn zu den Verhandlungen mit England auch Führer der Einheitsfront hinzugezogen würden. Es erscheint möglich, daß der Wafd auch bereit sein würde, für die Dauer der Verhandlungen mit England einige Führer der Einheitsfront als Minister ohne Geschäftsbereich in das Kabinett aufzunehmen.

Schwere Zusammenstöße in Damaskus

Mit Tanks gegen die Menge

Jerusalem, 23. Jan. Wie aus Damaskus gemeldet wird, ereigneten sich dort erneut schwere Zusammenstöße. Die Bevölkerung und einige Nationalistenführer beteiligten sich an der Beerdigung der beiden bei den letzten Unruhen getöteten Demonstranten. Nach dem Beisengebängnis trübten Militär und Polizei die Menge auseinander. Es wurden sogar neun Tanks eingesetzt. In der Menge befanden sich besonders viel Studenten. Zum erstenmal in der syrischen Geschichte haben sich auch Frauen an diesen Auseinandersetzungen beteiligt. Die Bäder und Weinger hatten zum Zeichen des Protestes ihre Türen geschlossen. Sie wurden jedoch von der Regierung gezwungen, ihre Geschäfte wieder zu öffnen.

Der verhaftete Nationalistenführer Barudi wurde nach Djezzren verbannt, das in der Nähe der türkischen Grenze liegt. Auch in Aleppo, wo die Zusammenstöße bereits vier Todesopfer forderten und über 200 Verhaftungen vorgenommen wurden, halten die Unruhen an. Die Desfinitivität Palästinas und die Presse verfolgen die Vorgänge in Syrien mit wachsender Besorgnis.

Erste Tage im Fernen Osten

Tokio, 23. Jan. Aus Hanking wird dem Blatt „Tokyo Nishi Nishi“ berichtet, daß durch die Zwischenfälle an der Grenze mit der äußeren Mongolei eine gespannte Lage eingetreten sei. Man befürchte allgemein ernste Ereignisse.

Die japanischen Blätter veröffentlichten Berichte aus Hanking, wonach von amtlicher Seite verlauten soll, daß China die von Außenminister Hirota in seiner Reichstagsrede aufgestellten Forderungen bisher nicht als Grundlage für künftige chinesisch-japanische Verhandlungen angenommen habe. Diese Meldungen haben in japanischen Kreisen erkranktes Befremden ausgelöst.

Das japanische Auswärtige Amt wartet noch den Eingang eines diplomatischen Berichts aus Schanghai ab, bevor es zu der Lage Stellung nimmt. In politischen Kreisen wird der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Aufwertung der Frage der Anerkennung von Mandschukuo in der Rede Hirotas die Ablehnung Hankings herbeigerufen habe. Ebenso wird auch die unverkennbare Verstärkung der laufenden chinesisch-japanischen Verhandlungen auf diese Ursache zurückgeführt.

Warenverkehr mit Polen

im Februar geregelt

Warschau, 23. Jan. In den Tagen vom 18. bis 22. Januar fand in Warschau eine gemeinsame Sitzung des deutschen und polnischen Regierungsausschusses statt, deren Aufgabe es ist, im Warenverkehr zwischen beiden Ländern auf Grund des Wirtschaftsvertrages ständig zu überwachen und richtungweisend für den Handelsverkehr zu wirken.

Als Ergebnis der Besprechungen, die in einer Atmosphäre freundschaftlicher Zusammenarbeit stattfanden, und eine für beide Länder vorteilhafte Regelung der Aus- und Einfuhr zum Ziele hatten, wurde vor allem in der Frage der Regelung des beiderseitigen Warenverkehrs für den Monat Februar 1936 eine Verständigung herbeigeführt.

Mit Rücksicht darauf, daß die Ausfuhr einiger landwirtschaftlicher Waren aus Polen aus besonderen Gründen sehr bedeutend war, die deutsche Einfuhr nach Polen und der Freien Stadt Danzig, die — wie bekannt — am November-Abkommen beteiligt ist, dagegen bisher die ursprünglich festgesetzte Höhe nicht erreicht hat, haben die Regierungsausschüsse beschlossen, den pol-

rischen Ausfuhrplan für den Monat Februar 1936 bedeutend herabzusetzen. Es hat sich mit Deutlichkeit ergeben, daß die Entwicklung der deutschen und die Entwicklung der polnischen Ausfuhr aufs engste miteinander verknüpft ist. Eine ungenügende Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach Polen muß unbedingt zu einer Drosselung der polnischen Ausfuhr nach Deutschland führen. Die besonders starke Beschränkung der polnischen Ausfuhr im Monat Februar hat zum Ziel, eine glatte Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Rahmen der Verrechnungsabkommen sowie die unverzügliche Auszahlung der Forderungen an die Ausführenden sicherzustellen und insbesondere unter allen Umständen zu verhindern, daß irgend welche Forderungen aus der polnischen Ausfuhr in Deutschland festfrieren. Um für die Zukunft eine weitere starke Einschränkung der polnischen Ausfuhr nach Deutschland zu vermeiden und der reibungslosen Abwicklung des beiderseitigen Warenverkehrs den Weg zu bereiten, haben sich die beiden Regierungsausschüsse über Maßnahmen verständigt, die zu einer Steigerung der deutschen Ausfuhr und damit zwangsläufig zu einer Steigerung der polnischen Ausfuhr führen werden. Im Zusammenhang damit haben die Regierungsausschüsse beschlossen, weitere Erleichterungen für den Buchhandel (Buchausfuhr, Reiseverkehr) einzuführen.

Notales

Wildbad, den 24. Januar 1936.

Die Unterstützung bei Einberufung zu Übungen

Der Oberbefehlshaber des Heeres gibt die über die Einberufung zu Übungen der Wehrmacht kürzlich ergangene Verordnung mit einer Erläuterung bekannt, in der er darauf hinweist, daß die Unterstützung jetzt verordnungsgemäß nicht mehr auf Angehörige und Arbeiter beschränkt ist, sondern grundsätzlich alle zu Übungen Einberufenen erfährt, also auch selbständige Gewerbetreibende und Angehörige von freien Berufen. Ausgenommen von der Unterstützungsberechtigung sind die Beamten von Behörden und Dienststellen des Reiches, der Länder und Gemeinden, der öffentlichen Betriebe usw., da sie ihre Dienstbezüge während der Teilnahme an der Übung weiterbezahlen. Das gleiche gilt für die Angestellten und Arbeiter öffentlicher Verwaltungen und Betriebe. Gegenüber der bisherigen Regelung ist als grundsätzliche Aenderung des Unterstützungsrechtes hervorzuheben, daß die Unterstützung beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen in der in der Leibeserziehungsverordnung angegebenen Höhe nicht mehr gewährt werden muß, sondern gewährt werden kann. Das bedeutet, daß die dort vorgesehenen Sätze Höchstsätze darstellen, innerhalb deren die Unterstützung festzusetzen ist. Die Entscheidung treffen die Arbeitsämter nach pflichtmäßigem Ermessen.

Neue Verordnung zum Tierstuhlgeseh

Der Reichsinnenminister hat auf Grund des Tierstuhlgesehes eine Verordnung über das Schlachten und Aufbewahren von lebenden Fischen und anderen kaltblütigen Tieren erlassen, die am 1. Februar in Kraft tritt. Fische, deren Fleisch zum Genuß für Menschen bestimmt ist, sind vor dem Schlachten durch wuchtige Schläge auf den Kopf mit einem genügend schweren, harten Gegenstand zu betäuben und darnach sofort zu schlachten. Bei Aalen und Platfischen kann die Betäubung unterbleiben, für sie ist ein besonderes Schlachtungsverfahren vorgeschrieben. Im Kleinfischverkauf sind die Fische vor der Abgabe an den Käufer zu schlachten, sofern nicht der Käufer ausdrücklich die Abgabe von Fischen in lebendem Zustand verlangt und einen geeigneten Behälter mit genügendem Wasservorrat mit sich führt. Für Krebse, Hummern und andere Krustentiere schreibt die Verordnung vor, daß sie möglichst einzeln in stark tosendes Wasser zu werfen sind. Es ist verboten, die Tiere in kaltes oder nur angewärmtes Wasser zu legen und alsdann zum Kochen zu bringen. Das Herausreißen des Darmes bei lebenden Krustentieren ist ebenfalls verboten. Die Abtrennung von Frostschichten ist ebenfalls zu vermeiden, nachdem der Frost durch schnelles Abschneiden des Kopfes getötet ist. Lebende Fische dürfen im gewerblichen Verkehr nur in Behältern mit Wasser befördert und aufbewahrt werden, bei widerstandsfähigen Fischen genügt eine ausreichend feuchte Verpackung. Das Zurückschneiden und Aufbewahren lebender Krustentiere unmittelbar auf Eisstücken ist verboten.

Württemberg

Diebesbande in Ulm festgenommen

Ulm, 23. Jan. Durch die Ermittlungstätigkeit der Kriminalpolizei Neu-Ulm ist es gelungen, zahlreiche Straftaten einer Einbrecher- und Diebesgesellschaft zu klären, die ihr Tätigkeitsfeld in Neu-Ulm und Ulm, insbesondere aber auch in verschiedenen Gemeinden des Bezirks hatte. Ein Hauptbeteiligter von Neu-Ulm, der sich gegenwärtig wegen einer anderen Sache in Untersuchungshaft befindet, hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Einer der Diebe lernte durch seine Schwester zwei Bur-

schwestern aus Ulm kennen, und wurde bald darauf zu einem gemeinsamen Einbruch in einer Ulmer Schuhmacherei gewonnen, wobei sie Geld und Wertgegenstände erbeuteten. Es folgten nun eine Reihe gemeinsamer Einbrüche und Diebstähle. So wurden kleinere Mengen Lebensmittel durch Einsteigen in eine Neu-Ulmer Wirtschaft entwendet. Im April 1935 führte er, um sich unter allen Umständen Geld zu verschaffen, an einer vom Bahnhof Neu-Ulm kommenden Frau in der Karlstraße durch Entreißen der Handtasche einen fremden Strahentraub aus. Durch Fahrrad- und Diebstähle verschafften sie sich die Möglichkeit, auch den Landbezirk mit ihrem Besuch bereichern zu können. Auch Motorrad- und Diebstähle, so in Neu-Ulm und Böhringen, sind auf ihr Konto zu setzen. Einem Einbruch in ein landwirtschaftliches Anwesen in Bihlasingen bei Raupheim folgte bald darauf ein weiterer Bauernhauseinbruch in Uttenhofen, wobei ein Sparfassenbuch, Geld und Lebensmittel entwendet wurden. In einer Ulmer Gastwirtschaft, in die sie sich einschleichen ließen, entwendeten sie Kleingeld und Rauchwaren. In Steinheim begingen sie einen verunglückten und einen vollendeten Einbruch in eine Wirtschaft. Daneben verübten sie noch mehrfach Zechprellereien, so in Holzschwang und Roth.

Stuttgart, 23. Jan. (Kazzia auf Bettler.) Auf Anordnung des Polizeipräsidenten fand im Bereich des Polizeipräsidenten Stuttgart eine große Kazzia auf Bettler und Hausierer statt. Die Polizei nahm zahlreiche Sektierungen vor. Nach Kontrolle der Festgenommenen beim Polizeipräsidenten konnte ein Teil wieder entlassen werden, während 35 sich noch in Haft befinden.

Gasvergiftung. Am Mittwoch wurde in einem Hause der Fischerstraße in Kallental ein älteres Ehepaar mit einer Gasvergiftung aufgefunden. Während die Anwendung des Sauerstoffapparats bei der 71 Jahre alten Frau von Erfolg war, war bei dem 75 Jahre alten Mann der Tod bereits eingetreten. Nach dem bisherigen Ergebnis der kriminalpolizeilichen Ermittlungen liegt vermutlich eine Gasvergiftung durch Unfall vor.

Tübingen, 23. Jan. (60 Jahre alt.) Am Donnerstag feierte der ehemalige Bürgermeister von Lustnau Stadtamtmann Rath seinen 60. Geburtstag. Der frühere Bürgermeister ist weit über die engeren Grenzen unserer Heimat hinaus als hervorragender Verwaltungsmann bekannt und hat die Gemeinde Lustnau zu schönstem Aufblühen gebracht. Als fortschrittlicher Mensch war er stets bestrebt, seinen Gemeindeangehörigen alle nur möglichen Vorteile und Neuerungen zu erschließen. Die erst kürzlich eingeweihten neuen Bauten der Friedhofhalle sowie die außerordentlich zweckmäßige Turnhalle entstammen seiner Anregung und Tatkraft.

Enningen, 23. Jan. (Den Verletzungen erlegen.) Der vor einigen Tagen von einem Wagen gestürzte Reinhold Beck ist im Kreis Krankenhaus Enningen seinen schweren inneren Verletzungen erlegen.

Kirchheim, 23. Jan. (Blinklichtanlage.) Eine weitere elektrische Warn- und Blinklichtanlage wird von der Reichsbahn am 27. Januar an dem schienenparallelen Wegübergang der Rirtinger Straße in Kirchheim (Tafel) über die Nebenbahn Kirchheim (Tafel) — Oberlenningen in Betrieb genommen. Wie an den übrigen in Württemberg bereits in Betrieb befindlichen Anlagen sind die Warnlichter zu beiden Seiten der Bahn an den Warnkreuzen angebracht.

Göppingen, 23. Jan. (Freibad geplant.) Die Stadtverwaltung Göppingen will einem alten Mangel in Göppingen, der sich in jedem Sommer erneut fühlbar macht, nämlich dem Fehlen eines Freibads, abhelfen. Man kam dabei auf den Gedanken, den ergiebigen Neuen Brunnen an der Holzheimer Straße entsprechend auszunutzen, sodaß Göppingen sogar ein Mineralbad bekommen würde. Die Badeanlage wird sich aus einer ganzen Reihe von Becken zusammensetzen. Die Kosten für das Freibad werden sich auf 165 000 RM. belaufen.

Kalen, 23. Jan. (Aufsiedlung.) Geselligkeitsverein „Bürgergesellschaft“, der hauptsächlich aus Geschäftsleuten und Beamten bestand und im hiesigen geselligen Leben eine Rolle spielte, hat sich nach fast 100jährigem Bestehen aufgelöst und seine Kasse mit 156 RM. zugunsten des heurigen Jahrgangsumzugs zur Verfügung gestellt.

Neeresheim, 23. Jan. (Regenwarte.) Vom Luftamt Stuttgart Abt. Wetterdienst wurde hier eine Regenwarte errichtet. Der Niederschlag wird täglich einmal gemessen, bei Starkregen öfters. Außerdem werden laufend Angaben über die allgemeine Witterung und auch über die Höhe des Schneefalls an den „Wetterdienst“ gemeldet.

Erolzheim, 23. Jan. (Beim Schrotten verunglückt.) Der bei Georg Güter bedienstete Pferdeknacht Anton Maier, Sohn des Gemeindepflegers hier, kam beim Schrotten mit der Joppe dem Riemen zu nahe, wobei es ihm den rechten Arm in die Maschine zog, sodaß er zweimal gebrochen wurde.

In den Ruhestand: Abteilungsleiter Dr. Schmidt an der Landesanstalt für landwirtschaftliche Gewerbe der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, Gewerbeinspektor Sapper an der Gewerbeschule in Ludwigsburg.

Mengen, 23. Jan. (Schwerer Sturz.) Einen tragischen Unfall erlitt der im Ruhestand lebende Postkassierer Barth. Er fiel in seinem eigenen Haus die Treppe herunter, sodaß er mit schweren Schädelverletzungen blieb. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Saigerloch i. Hohz., 23. Jan. (Das Erbhofergericht.) Das Erbhofergericht beim Amtsgericht Heddingen ist wegen der geringen Zahl von Erbhöfen im Amtsgerichtsbezirk Heddingen (nur 2) aufgegeben und dem Erbhofergericht Saigerloch zugeteilt worden, von dem bereits 50 Erbhöfe eingetragene worden sind.

Lindau, 23. Jan. (Erwischte Devisenhändler.) Den Beamten des Zollamtes Lindau-Näfen gelang es dieser Tage drei Reichsdeutsche, die auf ganz raffinierte Weise Vermögenswerte in Höhe von 38 000, 84 000 und 149 000 Schweizer Franken zu verschleppen suchten, zu verhaften; die Summen wurden beschlagnahmt.

Bom Allgäu, 23. Jan. (Junger Skifläufer vermisst.) Nach einer Meldung der Abteilung Allgäu der Deutschen Bergwacht in Kempten ist der 17 Jahre alte Kaufmannslehrling Heinrich Rosner aus Kempten seit letzten Sonntag abend abgänglich. Er fuhr am Sonntag morgen von Kempten nach Oberstdorf. Seitdem fehlt von ihm jede Spur.

Pforzheim, 23. Jan. (Todesfall durch Rattengift.) In einem Gasthaus in Singen bei Bilsferdingen wurden zur Vertilgung der Ratten Pfannkuchen mit Meerzwiebeln gebaden. Das Gesinde wurde vor dem Genuß gewarnt. Der 58 Jahre alte ledige Maurer Philipp Koser, der als Knecht in der Wirtschaft tätig war, aß, so berichtet der „Pforzheimer Anzeiger“, trotz der Warnung von den vergifteten Pfannkuchen. Er lobte noch deren guten Geschmack und versicherte, daß sie nicht schädlich sein könnten. In einem andern Gasthaus trank er kurz darauf Bier, kam dann um 12 Uhr nachts nach Hause und legte sich zu Bett. In der Nacht mußte er sich, wie am nächsten Morgen festgestellt wurde, erbrechen. Am andern Morgen fand man ihn tot in seinem Bett auf. Fünf Stunden nach dem Genuß der Meerzwiebelpfannkuchen war er gestorben.

Anordnungen für die Winterspiele

Berlin, 23. Jan. Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, gibt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers, Reichsminister Gehl, folgendes bekannt:

Die Vorbereitungen Deutschlands für die vom 6. bis 16. Februar in Garmisch-Partenkirchen stattfindenden olympischen Winterspiele sind abgeschlossen. Durch sie ist eine der Bedeutung der Spiele und der Würde der Nation entsprechende Durchführung gesichert. Der besondere Charakter der Spiele, die nach bestimmten internationalen Regeln vor sich gehen, hat folgende Anordnungen erforderlich gemacht:

Die sportliche Durchführung der Spiele nach den olympischen Bestimmungen obliegt ausschließlich dem Präsidenten des Organisationskomitees, Dr. Ritter von Holt. Den Einfluß der deutschen Nationalmannschaft leitet ausschließlich der Präsident des Deutschen Olympischen Ausschusses, Reichssportführer von Tschammer und Osten. Ihm obliegt auch die Vertretung des deutschen Sports bei allen Verpflichtungen repräsentativer Art, soweit dies nicht nach den olympischen Bestimmungen Sache des Organisationskomitees ist, oder von der Reichsregierung selbst übernommen wird. Die Leitung der Maßnahmen, die von den zuständigen Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden für den reibungslosen Verlauf der Spiele getroffen sind, ist dem Staatssekretär Pfundtner im Reichsministerium des Innern übertragen. Soweit Parteiangelegenheiten durch die Spiele berührt werden, obliegt die Entscheidung dem Gauleiter Adolf Wagner-Münster. Der beschrankte Platz in den olympischen Kampfstätten in Garmisch-Partenkirchen macht es dem Organisationskomitee unmöglich, Ehrenkarten und Dienstkarten in größerer Zahl als bisher vorgesehen auszugeben. Die olympischen Spiele sind in erster Linie eine Angelegenheit internationalen sportlichen Wettkampfes. Es ist daher erwünscht, daß die Zuschauer in den olympischen Kampfstätten sportliche Kleidung und nicht Uniform tragen.

Schneebericht. Sommerberg: 1,7 Grad Kälte; Schneehöhe 10—15 Zentimeter, davon 5 Zentimeter Neuschnee (Pulver, halb bedeckt). Sportverhältnisse: Ski gut. Grünhütte: 3,5 Grad Kälte; Schneehöhe 25 Zentimeter, davon 5 Zentimeter Neuschnee (Pulver, bedeckt). Sportverhältnisse: Ski gut. Kallenderbrunn: 5 Grad Kälte; Schneehöhe 33—40 Zentimeter, davon 10 Zentimeter Neuschnee (Pulver, klar). Sportverhältnisse: Ski sehr gut.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt Wildbader Tagblatt, Wildbad im Schwarzwald (Inh. 25. Gd.) Nr. 12, 35. 700. Zur Zeit ist Beilieferer Nr. 2 gültig.

Turnverein Wildbad e. V.

In Anbetracht der Konfirmationsfeier durch die Kriegerkameradschaft Wildbad am kommenden Sonntag wird der

Familienabend nochmals verlegt und zwar endgültig auf Sonntag, den 2. Februar 1936.

Voranzeige!

Am Samstag, den 22. Februar veranstaltet der Verein einen

großen Faschingsball

wovon jetzt schon Kenntnis genommen werden möchte.

Der Turnrat.

Ein aussichtsreiches Angebot

bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch ein Inserat

im „Wildbader Tagblatt“

Calmbach, 23. Januar 1936.



Statt jeder besonderen Nachricht!

Auch bei unserem zweiten Trauerfall ist uns viel warme Teilnahme erwiesen worden. Wir bitten, unsern herzlichsten Dank auf diesem Wege auszudrücken zu dürfen.

Familie Keppler.



Luftschutz ist nationale Pflicht!



Der Schulweg kann bei ungesundem Wetter Erleichterungen bringen. Sie sollten deshalb Ihren Kindern stets einige der bewährten „Kaiser's Brust-Caramellen“ mitgeben. Sie schützen damit Ihre Kinder vor Erkältungen und ersparen sich manche Sorgen.

Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen

Zu haben bei: Stadt-Apotheke Dr. C. Metzger N. H. Stephan; Eberhard-Drogerie Carl Plappert; C. Aberle, Inh. E. Blumenthal; Else Bolt; Emilie Hammer; Ludw. Kappelmann; Fritz Kloss und wo Plakate sichtbar.

